

Rechte Gewalt in Deutschland

Zum Umgang mit dem
Rechtsextremismus in
Gesellschaft, Politik und Justiz

Herausgegeben von
Sybille Steinbacher

Dachauer Symposien

zur Zeitgeschichte

Wallstein



Rechte Gewalt in Deutschland

Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte

Bd. 16

Herausgegeben im Auftrag der Stadt Dachau
und des Internationalen Jugendgästehauses Dachau/
Max-Mannheimer-Studienzentrums
von Sybille Steinbacher

Rechte Gewalt in Deutschland

*Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus
in Gesellschaft, Politik und Justiz*

Herausgegeben von
Sybille Steinbacher



WALLSTEIN VERLAG

INHALT

SYBILLE STEINBACHER

Editorial 7

I. Fakten und offene Fragen zum NSU-Komplex

Hajo Funke

Staatsaffäre NSU.
Gesellschaftliche und politische Konsequenzen 13

Katharina König

»Rechtsterrorismus und Behördenhandeln«.
Der Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss.
Zum Gang der Ermittlungen 37

Thies Marsen

Der Soundtrack des Terrors.
Internationale Musiknetzwerke und rechte Gewalt 59

Dirk Laabs

Blackbox NSU. Rechter Terror und der Kampf
um die Grenzen des Staatsschutzes 77

II. Gesellschaft und Rechtsextremismus in Deutschland

Ulrich Chaussy

Das Oktoberfestattentat 1980. Der Vorhang wieder auf
und alle Fragen offen. Erfahrungen eines Journalisten 93

Juliane Lang

Mehr als die »emotionale Kompetenz«.
Mädchen und Frauen in der extremen Rechten 108

INHALT

KURT MÖLLER

Von rechtsaußen bis zur Mitte.

Wie rechtsextreme Haltungen abgebaut werden können 129

TANJEV SCHULTZ

Rechtsextremismus und Journalismus. Die Rolle der Medien

zwischen Vorbild, Versuchung und Versagen 150

III. Struktur und Praxis des Rechtsextremismus

CLAUDIA LUZAR

Rechtsextreme Gewalt und ihre Opfer.

Das Beispiel Dortmund 169

SAMUEL SALZBORN

Von der Ideologie der Ungleichheit zum praktizierten

Rechtsterrorismus. Zur Systematik und Genese des

militanzaffinen Rechtsextremismus in Deutschland 187

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER

Das »Lone Wolf«-Phänomen im deutschen

Rechtsterrorismus. Eine Analyse von Fallbeispielen 205

IV. Podiumsdiskussion

Podiumsdiskussion mit Ulrich Chaussy, Norbert Frei,

Hajo Funke, Katharina König und Kurt Möller

Moderation: Sybille Steinbacher 223

Autorinnen und Autoren 243

Register 249

Editorial

Als die Verbrecherbande aufflog, die sich den Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) gegeben hatte, folgten auf Erstaunen und Entsetzen kaum politische Konsequenzen. Dabei zeichneten sich Menschenverachtung, Rassismus und Mordlust in der extremen Rechten seit den letzten Jahrzehnten längst ab. Seit Neuestem kommt der Rechtsradikalismus in Deutschland im Schatten der Wahlerfolge der AfD, der selbsternannten Alternative für Deutschland, und der Pegida-Bewegung daher, der sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Die Zahl der Gewalttaten schnellte in die Höhe. Diese Entwicklung war der Anlass, das Thema im Oktober 2015 zum Gegenstand des *Dachauer Symposiums zur Zeitgeschichte* zu machen. Unter dem Titel »Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz« wurde das drängende Gegenwartsproblem aufgegriffen, um Spezialisten zum Thema zu Wort kommen zu lassen, darunter Journalisten, Politologen, Soziologen, Zeithistoriker, Politiker und andere, die sich gegen rechts engagieren.

Ziel der *Dachauer Symposien*, die seit 2000 jährlich stattfinden, ist es, aktuelle Fragestellungen zur Geschichte und Nachgeschichte der NS-Zeit vorzustellen, zu diskutieren und darüber nachzudenken, warum und auf welche Weise der Nationalsozialismus nach wie vor in unsere Gegenwart ragt. Dass eine rechtsterroristische Organisation unter dem Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« zwischen 1998 und 2011 unentdeckt in Deutschland mindestens zehn Morde begangen, mehrere Sprengstoffanschläge und Banküberfälle verübt und unter Migranten und Migrantinnen Angst geschürt hat, ist der atemverschlappende Verweis darauf, wie präsent die Geschichte des Dritten Reiches und wie wenig entwickelt das Bewusstsein für ihre Virulenz ist. Doch wo genau liegen die Bezüge? Wie hat sich der Rechtsextremismus entwickelt? Welche Gefahr geht von rechter Gewalt in Deutschland aus und was ist über internationale Zusammenhänge zu sagen? Worin liegt die Rolle von Frauen in der rechten Szene? Was konnten Untersuchungsausschüsse über das Verhalten von Sicherheits- und Geheimdienstkräften im Zu-

sammenhang mit dem NSU-Terror herausfinden? Welche Aufgabe kommt den Medien im Vorgehen gegen rechts zu? Wie finden junge Leute einen Ausstieg aus dem Rechtsterror? Um diese und weitere Fragen geht es im vorliegenden Tagungsband.

Womöglich wäre nie aufgedeckt worden, dass in Deutschland jahrelang eine rechtsterroristische Gruppe operierte, hätten sich nicht zwei der Täter im November 2011 das Leben genommen, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer verhandelt das Oberlandesgericht München seit Mai 2013. Dass das Kerntrio des NSU umfangreiche Verbindungen in die rechte Szene hatte, liegt auf der Hand, allerdings ist darüber noch wenig bekannt, und unklar ist, ob sich hierzu überhaupt noch Einzelheiten ermitteln lassen werden. Die Verbrechen wurden von den Sicherheitsbehörden nicht als Terrorakte erkannt, weder Zusammenhänge zwischen den Taten noch politische Motive gesehen. Das Bekanntwerden der Taten des NSU und das dabei offenkundig gewordene Versagen zumal von Polizei und Verfassungsschutz sorgten in Politik und Gesellschaft erstaunlicherweise kaum für eine Sensibilisierung im Umgang mit dem Rechtsterrorismus, auch nicht – ganz im Unterschied zum Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) in den siebziger Jahren – für neue Prioritäten im Bereich der Inneren Sicherheit.

Ein neues Phänomen ist der NSU-Terror insofern nicht, als die Reorganisation des Nationalsozialismus in Deutschland, genauer: in Westdeutschland, schon unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann, getragen von dessen Anhängern. Die Geschichte des Rechtsradikalismus ist lang, und sie lässt sich sicherlich nicht erzählen, ohne auch einflussreiche Strömungen aus anderen Ländern einzubeziehen sowie nach Phasen des Wandels ebenso zu fragen wie nach Zusammenhängen mit politischen, kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Doch dies ist nicht das Ziel des vorliegenden Bandes. Der Fokus ist hier vielmehr auf Deutschland gerichtet, denn die europäische und die internationale Dimension des Rechtsextremismus böte Stoff für ein weiteres Symposium.

In den achtziger Jahren veränderte sich der Rechtsradikalismus in Deutschland insofern, als er nach einer Phase der Zersplitterung und organisatorischen Neuformierung seither immer stärker in Gewalt und Terror mündet. Die Zeitgeschichtsforschung hat sich noch kaum mit der Thematik befasst; Politologie und Soziologie sind hier bereits weiter, konzentriert auf eigene Fragestellungen und eine spezifische Terminologie. Während Zeitgeschichtsforscher eher von »Rechtsradikalismus« sprechen, dominiert unter Politologen und Soziologen der Terminus

»Rechtsextremismus«. Auch weitere, synonym verwendete Begriffe werden in den Sozialwissenschaften diskutiert und sind bisweilen mit jeweils unterschiedlichen Deutungen verknüpft, beispielsweise »Neonazismus«, »Neofaschismus« und »Rechtspopulismus«. Was genau darunter und was genau unter »Rechtsextremismus« zu verstehen ist, ist umstritten, eine klare, allgemeine Definition gibt es bisher nicht.

Vereinfacht gesagt, zeichnet sich Rechtsextremismus durch Ziele und Ideen aus, die den Werten der liberalen Demokratie diametral entgegengerichtet sind. Leben, Freiheit und überhaupt die Menschenrechte werden programmatisch missachtet. Im Zentrum steht eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit. Gewaltakzeptanz und Gewaltausübung kennzeichnen den Rechtsextremismus ebenfalls, ja Gewalt gehört zu seinem Wesen. Im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes steht die Entwicklung in Deutschland seit den achtziger Jahren, als rechtsextreme Gewalt zunehmend militante Formen angenommen hat. Paramilitärische, nach dem Führerprinzip organisierte Vereinigungen entstanden, beispielsweise die sogenannten Wehrsportgruppen, die organisierte Gewaltakte verübten, darunter gezielte Mordtaten, Sprengstoff- und Brandanschläge. Das Oktoberfestattentat 1980 weist klar in diese Szene.

Die achtziger Jahre, die im Zeichen einer zunehmend gesellschaftspolitischen Polarisierung insbesondere in der Migrationspolitik standen, was rechtsextremen Parteien rasch Wahlerfolge bescherte, waren die Zeit der neonazistischen Mobilisierung und Radikalisierung. In den frühen neunziger Jahren wurde der Rechtsextremismus im Alltag zunehmend präsenter, Gewalttaten nahmen zu. Im Kontext des Vereinigungs-Pathos wuchs die rechte Szene. Dies war die Zeit der hohen Asylbewerberzahlen und der hitzigen Debatte über das Asylgrundrecht. Brandanschläge und Morde an Asylsuchenden und Migranten folgten, in Eberswalde, Lübeck, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda. Die Exekutive duldet fremdenfeindliche Gewalt oder reagierte zögerlich und schwächlich darauf, und die Justiz bestrafte sie allenfalls milde. Die Grenze zwischen dem Rechtsextremismus und der politischen Mitte verschwamm zusehends. Als das Grundrecht auf Asyl schließlich abgeschafft war, endete die Radikalisierung keineswegs, im Gegenteil: Unter den braunen Kameradschaften, die sich nun zusammenfanden, um mit Gewalt gegen das »System« zu agieren, war auch der NSU.

In drei thematischen Feldern werden im Folgenden die Entwicklungen und Zusammenhänge erschlossen: Zunächst geht es unter dem Titel »Fakten und offene Fragen zum NSU-Komplex« um die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe, die zur Radikalisierung der Anhän-

ger des Rechtsextremismus und zu den Verbrechen des NSU führten (Hajo Funke). Ferner wird die Arbeit der parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse beleuchtet, insbesondere am Beispiel Thüringens (Katharina König). Auch um die Bedeutung der internationalen rechten Musikszene (Thies Marsen) und um die Rolle des Staatsschutzes im Zusammenhang mit dem NSU (Dirk Laabs) geht es. Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht die Frage nach den Bezügen zwischen Gesellschaft und Rechtsextremismus in Deutschland. Der Blick ist auf das Oktoberfestattentat und seine Folgen gerichtet (Ulrich Chaussy). Die gegenwärtige Rolle von Frauen und Mädchen in der rechten Szene wird untersucht (Juliane Lang). Um Wege, Jugendliche vom Rechtsextremismus abzubringen, geht es ebenfalls (Kurt Möller). Zudem werden Rolle und Aufgaben des Journalismus in der Auseinandersetzung mit rechter Gewalt diskutiert (Tanjev Schultz). Der dritte Teil ist der Struktur und Praxis des Rechtsextremismus gewidmet. Der Blick wird beispielsweise auf Dortmund gerichtet, eine Hochburg rechtsextremer Organisationen (Claudia Luzar). Ferner wird der Zusammenhang von Ideologie und Gewaltbereitschaft im Rechtsextremismus thematisiert (Samuel Salzborn). Anhand von Fallbeispielen wird überdies das »Lone Wolf«-Phänomen im Rechtsextremismus untersucht. In der Podiumsdiskussion, die den vierten und letzten Teil des Bandes bildet, setzen sich die Teilnehmer des *Dachauer Symposiums* u. a. mit der Frage auseinander, welche Bedeutung das Wissen über den Nationalsozialismus im Rechtsextremismus hat, und überlegen, welche Kontinuitäten im Umgang mit rechter Gewalt sich in der deutschen Geschichte ausmachen lassen.

Die Stadt Dachau und die Stiftung Jugendgästehaus Dachau ermöglichen die *Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte*. Dafür danke ich Herrn Oberbürgermeister Florian Hartmann, außerdem dem Zeitgeschichtsreferenten im Stadtrat, Herrn Prof. Dr. Günter Heinritz, ferner den Mitwirkenden des Kulturausschusses und insbesondere auch dem Kulturamtsleiter, Herrn Tobias Schneider. Beim Internationalen Jugendgästehaus/Max-Mannheimer-Studienzentrum, dem Veranstaltungsort des Symposiums, danke ich dafür der Leiterin Frau Nina Ritz, außerdem Frau Petra Urbanski sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses. Im Wallstein Verlag richtet sich mein Dank an Herrn Thedel v. Wallmoden und Frau Ursula Kömen. Sara Vorwalder, meiner Mitarbeiterin an der Universität Wien, danke ich für das Korrekturlesen des vorliegenden Bandes. Nicht zuletzt richtet sich mein Dank an die Autorinnen und Autoren, die das *Dachauer Symposium* mit ihrem Engagement getragen haben, und an die Besucher und Besucherinnen der Veranstaltung, die für lebendige Diskussionen sorgten.

I. Fakten und offene Fragen zum NSU-Komplex

HAJO FUNKE

Staatsaffäre NSU. Gesellschaftliche und politische Konsequenzen

Sie schreiben in Ihrer Einladung zum Dachauer Symposium: »Nach der Aufdeckung des Verbrechertrios, das sich den Namen ›Nationalsozialistischer Untergrund‹ (NSU) gab, folgten auf Erstaunen und Entsetzen kaum politische Konsequenzen« – ich füge hinzu: und es folgten erstaunliche Formen einer Aufklärungsblockade, die dazu führt, dass Jahre nach dem Aufdecken des NSU-Komplexes noch immer das Oberlandesgericht München und diverse Untersuchungsausschüsse um die Wahrheit kämpfen. Angesichts dessen haben sich die Bundestagsfraktionen zu einem zweiten Untersuchungsausschuss zur Ermittlung des Fehlverhaltens der Behörden auf Bundesebene entschlossen. Mit dieser Staatsaffäre in Gestalt einer weitgehenden Aufklärungsblockade vertieft und verschärft sich die Situation und drängt erst recht nach Aufklärung sowie nach gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen – insbesondere angesichts der beispiellosen Gewaltwelle seit 2015 im Zuge von Pegida, dem Feldzug der sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, und AfD, der selbsternannten Alternative für Deutschland.

Neuer gewalttätiger Rechtsextremismus nach 1990 und neonazistischer Kaderaufmarsch

Als sich Anfang der neunziger Jahre die »Gewaltbewegung« – wie mein Kollege Bernd Wagner im Interview mit mir sagt – »ungeheuer ausdehnte«, hing dies mit einem gewaltigen und für viele zerstörerischen Umbruchprozess in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht zusammen. Wissenschaftliche Forschungen zeigen – ähnlich der Studie von Marie Jahoda über die »Arbeitslosen von Marienthal«¹ aus den frühen dreißiger Jahren –, dass die sozialen und psychischen Erschütterungen vieler, teils ohnehin autoritärer, Familien so gravierend waren, dass sie entgleisten und die nächste Generation vielfach orientierungslos

war.² Diese anomische Situation förderte ein erhebliches Potential an nach innen und außen gerichteter Spannungen und Gewalt. Gleichzeitig entstand ein wachsendes Angebot an Szenen und neonazistischen Kaderstrukturen, die von einer rassistisch gegen vermeintliche Feinde und Fremde aufgeladenen Atmosphäre getragen waren.

Erinnert sei an die pogromähnlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 und schon zuvor in Hoyerswerda sowie an die Mordopfer in Mölln, Solingen und Lübeck. Diese Ereignisse feuerten die Quasilegitimität dieser subkulturellen Gewaltbewegung an. Es war zu den ersten Morden gekommen und zu einer exzessiven Ausdehnung der Gewaltstraftaten – oft unter der Parole: »Wir tun, wovon die anderen nur reden. Wir kämpfen gegen Asylsuchende, gegen Migranten und die, die diese unterstützen, vor allem die Linken und die Punks.«

Die Erfahrungen des Umbruchs und der besonderen Transformationsgesellschaft Ostdeutschlands haben eine vielschichtige Radikalisierung des Rechtsextremismus herausgefordert (die sich allerdings schon zuvor ansatzweise abgezeichnet hatte). Die Radikalisierung betraf sowohl die ideologische Struktur, z. B. die Expansion der Holocaust-Leugner, wofür exemplarisch Aufstieg und Einflussmehrung David Irvings in rechtsextremen und neonazistischen Kreisen stehen,³ als auch die organisierten, zum Teil neonazistischen Netzwerke und insbesondere Art und Ausmaß informeller völkischer Alltagskulturen und rechtsextremer Gewalt. Es waren weniger die etablierten rechtsextremen Wahlparteien – so bedeutsam deren Agitation auch gewesen ist –, die in dieser Bewegung Erfolge erzielten, als vielmehr jene bis 1989 marginalisierten, radikalen und kompromisslosen Neonationalsozialisten um Michael Kühnen und Christian Worch, die an Einfluss gewannen. Sie nutzten ihre Kontakte mit Akteuren der Neonaziszene in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und etablierten eine Reihe neonazistischer Formationen wie die Deutsche Alternative (DA), die Nationale Offensive (NO) und die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Dies gelang, weil schon in der DDR etwa seit Mitte der achtziger Jahre in rechten Jugendszenen die Bereitschaft zur Gewalt etabliert war. Skinheads und Faschos hatten sich in einer Reihe von Bezirks- und Kreisstädten gegenüber nichtrechten Jugendszenen (wie Punks und Grufties) oft auch mit Gewalt durchsetzen können.

Definitionen

Ich gehe allgemein davon aus, dass die Formen eines gewalttätigen, ins Terroristische reichenden, rassistischen Rechtsextremismus von mehreren Faktoren abhängen: Sie sind Resultat prekärer gesellschaftlicher, ökonomisch-sozialer und politisch-kultureller Prozesse sowie eines rechtsextremen »Angebots«. ⁴ Dabei verstehe ich unter Rechtsextremismus mit Hans-Gerd Jaschke und Richard Stöss Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die von einer rassistisch oder ethnisch erklärten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen, das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen und für eine autoritär-totalitäre Ordnung eintreten. ⁵

Unter Neonazis verstehe ich diejenigen, die sich mehr oder weniger stark in Ideologie und Gewaltpraxis an den Ideen des historischen Nationalsozialismus orientieren, an dessen Rassismus und Antisemitismus, tatsächlich ein »Viertes Reich« anstreben und nach 1990 mit der Ausdehnung eines neuen gewalttätigen Rechtsextremismus zunächst in Ostdeutschland – dann nach Westen überschwappend – eine neue nationalsozialistisch revolutionäre Chance sahen.

Ähnlich der Definition des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts verstehe ich unter Rechtsterroristen einen besonders gewaltbereiten Teil des Rechtsextremen, der sich zur Verwirklichung seiner Ziele in der Regel klandestin organisiert, sich bewaffnet und Sprengstoffanschläge, Morde oder andere Formen terroristischer Gewalt plant und durchführt. Im Falle des hier zu behandelnden Terrorismus kommt dessen spezifische Genese als Kontext hinzu: die Entwicklung in einer rechtsextremen Subkultur und in rechtsextremen Organisationen wie dem Thüringer Heimatschutz – vor allem in den neunziger Jahren – hin zu einer neonationalsozialistisch und weißrassistischen Ausrichtung, die eine besondere Akzentuierung auf entsprechend ideologisch definierte Feinde wie Juden oder neuerdings auch Türken – sogenannte »Fremdkörper« – nahelegt.

Nahezu alle rechtsterroristischen Gruppen in Deutschland – in den achtziger Jahren wie seit 2000 – kamen aus einem alltagsterroristischen bzw. präterroristischen Milieu, in dem es zum praktischen Selbstverständnis gehörte, jederzeit gegen definierte Feinde tödlich zuzuschlagen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, so z. B. im Thüringer Heimatschutz, war es möglich, auf der Basis der Diskussion um Terrorkonzepte wie von Combat 18 (C 18) oder des weißrassistischen Ku-Klux-Klan (KKK) ⁶ sich auch beim NSU eine Form führerloser Zellen

vorzustellen und mit der Hilfe des engeren Umfelds und seines Netzwerks schrittweise umzusetzen. So ist für den NSU am Ende der neunziger Jahre die Entwicklung von gewissermaßen autonom agierenden (führerlosen) Zellenstrukturen möglich geworden – nach dem Vorbild von C 18/Blood & Honour (B&H) bzw. des Ku-Klux-Klan.

Formationen aus West und Ost. Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

Nach der Maueröffnung strömten westdeutsche Kader nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und verbanden sich mit dortigen Faschos aus der Spätphase der DDR.⁷ Zu den einflussreichsten zählten Michael Kühnen, später auch Christian Worch, Thomas Brehl, Arnulf Priem und der Österreicher Gottfried Küssel. Schon 1977 hatte Kühnen den SA-Sturm 8. Mai und Ende 1977 die Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), später Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA), u. a. aus ehemaligen Kadern der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gegründet. Diese offen auftretende, neonationalsozialistische Gruppierung wurde 1983 verboten. Daraufhin ging ein beträchtlicher Teil der Aktivisten in die ebenfalls neonationalsozialistische, aber traditionell geleitete Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP). Sie wurde 1979 von Martin Pape, einem Lehrer, als eine eher diffuse, nationalkonservativ orientierte Partei gegründet, allerdings mit starken neonationalsozialistischen Einsprengseln. Die Parteiführung wandte sich nicht entschieden gegen die Unterwanderung durch die Nationalsozialisten um Michael Kühnen und Christian Worch. So wuchs die Zahl ihrer Mitglieder Mitte der achtziger Jahre auf zirka 500 Personen. Eine Reihe von Untergliederungen entstand, darunter Gau-, Kreis- und Ortsverbände, außerdem die Deutsche Frauenfront (DFF) und ein Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler (KAH). Die Programmatik der Partei war nationalistisch, rassistisch und antisemitisch. Sie begriff Gewalt als Mittel der Wahl.

Schon vor der deutschen Vereinigung verfügte die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei mittels Skinheads und Hooligans über beträchtliche Kontakte in die DDR. Zu den Aktivisten im Berlin-Brandenburgischen Raum zählte Christian Wendt. Bei Aufmärschen und Gewaltakten – so während der ausländerfeindlichen Aktion in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 – war die Partei präsent. Sie kooperierte eng mit der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB), die die Hetzschrift

Einblick zur Bekämpfung von Liberalen und Linken (die sogenannte Anti-Antifa-Kampagne) veröffentlichte. Im September 1993 kündigte die Bundesregierung an, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der Partei zu stellen. Sie wurde dann schon auf dem Verordnungsweg verboten.

Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front

Einflussreicher wurde die 1985 gegründete Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front. Michael Kühnen hatte sie u. a. als Konsequenz aus dem Verbot der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten mit zum Teil dem gleichen Mitgliederstamm ins Leben gerufen, der gleichzeitig die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei unterwanderte. Die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front war eng mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Partei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) verbunden. Ihre führenden Kader waren in der Regel Mitglieder der von dem amerikanischen Holocaust-Leugner Gary Lauck geleiteten Vereinigung. Sie gruppierte sich um die Organisation mit dem Namen »Informationsbrief zur Lage der Bewegung – Die neue Front« und gliederte sich nach ihrem Vorbild, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) im Dritten Reich, in Gaue, Kameradschaften und Stützpunkte. Die Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO), eine österreichische Organisation unter der Führung von Gottfried Küssel, gehörte ebenfalls dazu. Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei tonte: »Wir lassen uns nicht gefallen, dass Deutschland vernegert [...] der Volkszorn erwacht! Asylanten werden mehr und mehr abgefackelt. Wir als nationale Sozialisten sehen als einzige Kraft den kommenden Bürger- und Rassenkrieg voraus.«⁸ Politisch sah man sich, wie es hieß, »in der Tradition der SA und des revolutionären Flügels der historischen NSDAP«, strebte eine »nationalsozialistische ›2. Revolution« an und sah in Hitler eine »Heilsgestalt der arischen Rasse«.⁹ In der 1988 von Michael Kühnen formulierten Schrift »Die zweite Revolution – Glaube und Kampf« steht:

»Unser Ziel ist die nationalsozialistische Revolution, aus der das 4. Reich und eine art- und naturgemäße neue Ordnung für die weiße Rasse hervorgehen wird. [...] Um das zu erreichen, sind in der jetzigen Kampfzeit verschiedene Zwischenziele anzustreben und zu verwirklichen: Überwindung des NS-Verbots, Neugründung der NSDAP, Staatsreform, Vereinigung aller geschlossen siedelnden Deutschen in einem einheitlichen, souveränen und sozialistischen Groß-

deutschland. [...] Die Strategie besteht in der Nutzung des durch das offene Bekenntnis zum Nationalsozialismus ausgelösten massenpsychologischen Umkehrprozesses, der sich darin äußern wird, dass im Falle einer ernsthaften Systemkrise die unzufriedenen und rebellierenden Massen sich an denen orientieren werden, die vorher vom System am erbarmungslosesten verfolgt worden sind und sich selbst als die kompromisslosesten Gegner des Systems erwiesen haben.«¹⁰

Der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front ging es weiterhin um den Kampf gegen »Überfremdung«, »Amerikanismus«, Umweltzerstörung und für die »Reinerhaltung der arisch-germanischen Rasse«. Ernst Röhm und Adolf Hitler galten als Orientierungsgrößen.¹¹ Zur ideologischen Grundlage gehörten das 20-Punkte-Programm der NSDAP und Hitlers Schrift »Mein Kampf«. Als legal arbeitender Arm der Organisation wurde am 5. Mai 1989 die Deutsche Alternative (DA) für das Gebiet der DDR ins Leben gerufen. Kurz zuvor, im März, war von den Anhängern Michael Kühnens, namentlich von Christian Worch und Thomas Wulff, die Nationale Liste (NL) in Hamburg gegründet worden. Schon 1989 war es der Deutschen Alternative gelungen, ihre Strukturen auf die DDR zu übertragen (u. a. durch den Dresdner Neonazi Rainer Sonntag).

Heerschau der neonazistischen Kampf- und Terrorkader. Ein Fanal

Die Kundgebung am 9. November 1991 in Halle mit dem Blood & Honour-Gründer Ian Stuart Donaldson und dem Holocaustleugner David Irving im Rahmen einer Heerschau der neonazistischen Kampf- und Terrorkader¹² wurde von Christian Worch eröffnet, der Irving als ersten Redner aufrief. Dieser wurde von einer skandierenden Menge unterbrochen, als er an die großen »Helden« erinnerte, die im Namen der »deutschen Revolution« tätig gewesen seien. Als er den »großen Deutschen« Rudolf Heß als »Märtyrer des Friedens« feierte, skandierte die Menge wiederholt »Sieg-Heil«. Irving drückte seine Freude über die großdeutsche Perspektive aus: die »wirtschaftliche und finanzielle Hegemonie Deutschlands« über das zusammengefallene Sowjetreich. Danach sprach der Thüringer Neonazi Thomas Dienel vom »von Ausländern überfluteten Deutschland« und rief ein Deutschland aus, das »von der Maas bis an die Memel« reichen werde. Während des anschließenden Demonstrationzugs gröhlten Teilnehmer: »Wir kriegen dich auch. Wir kriegen euch alle.«¹³

Mit von der Partie war der entscheidende Mann des britischen Blood & Honour-Netzwerks, der Sänger Ian Stuart Donaldson von der

Neonazikultband Skrewdriver. Die Inszenierung des Aufmarsches dieser wenigen Hundert glich einem nicht besonders gelungenen Imitat aus Nazi-Zeiten. Die mehrheitlich männlichen Jugendlichen – kurz geschorene Haare, Springerstiefel, manche im Militär-Look – und die wenigen Alten trugen Reichskriegsflaggen und die Fahnen ihrer Organisationen. Sie marschierten mit laut skandierten Parolen wie »Deutschland den Deutschen«, »Ausländer raus« und wiederholt »Sieg-Heil«-Rufen zum Kundgebungsplatz. Unter den Teilnehmern waren Ewald Althans, ein Organisator von David Irvings Kampagnen Anfang der neunziger Jahre zur Propagierung der Holocaust-Leugnung (unter der Kontrolle des umtriebigen V-Manns Stefan Wiesel), außerdem Thomas Dienel, Andreas Rachhausen und höchstwahrscheinlich auch Kai Dalek.

*Sündenböcke. Projektionen der Wut auf Asylsuchende
und die prekäre Rolle der Politik*

Diese Kader einer Gruppe versprengter Nationalsozialisten, die das Dritte Reich wieder aufleben lassen wollten, traf mit ihrem Ritt nach Ostdeutschland auf einen für sie faszinierenden, breiten Resonanzboden. Denn der Euphorie der deutschen Einheit war alsbald Enttäuschung gefolgt. Statt »blühender Landschaften« dehnte sich die Massenarbeitslosigkeit aus. Im Jahr 1991 waren hier bereits 69 Prozent der Arbeitsplätze weggefallen. Die Treuhand tat ein Übriges. Es gab keine angemessene wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Vorgehensweise gegen die Entwicklung. Dies lag ökonomisch auch an der de facto drei- bis vierhundertprozentigen Aufwertung (!) einer ohnehin erheblich schwächeren DDR-Ökonomie durch die Währungsunion – und damit an einer kalten ökonomischen Revolution. Der Schock der Massenarbeitslosigkeit wurde für immer größere Teile der ostdeutschen Bevölkerung fühl- und sichtbar. Empörung und Kritik wuchsen. Es gab eine verbreitete Wut, die keine politische und ökonomische Strategie aufging.

Die vereinigten Neonazikader und DDR-Faschos sahen daher eine unvermutet große Chance für ihre neonationalsozialistisch-revolutionäre Euphorie im Kampf gegen »das System« und vor allem gegen den neu ausgemachten Feind: die Migranten und Asylsuchenden. Zugleich betrieb die Politik öffentlich wirksame Asylrestriktionen. Der Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans hat nachgewiesen, dass sich mit einer Kette von Gesetzesinitiativen, Asylbeschleunigungsverfahren und der Verteilung von Asylsuchenden auf das gesamte Bundesgebiet,

also auch auf die dafür unvorbereiteten sogenannten neuen Bundesländer, innerhalb der folgenden Monate »das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit auf das des Zustroms von Asylflüchtlingen verschieben ließ und so de facto der Asylflüchtling zum Kernproblem« nicht nur in den neuen Bundesländern (gemacht) wurde.¹⁴ Die Verschiebung auf einen De-facto-Sündenbock wurde zugleich gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) gerichtet, im September 1991 mit der infamen Formulierung des Generalsekretärs der Christlich-Demokratischen Union (CDU), Volker Rühe, der sagte, ab jetzt sei »jeder Asylant ein SPD-Asylant«. Diese Formulierung veranlasste seinen Parteikollegen Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Monat darauf zu der öffentlichen Äußerung, so gehe man nicht mit Menschen um.

Das Exempel Thüringen. Radikalisierung und Terror

Anfang der neunziger Jahre stieg die Gewalt auch in Thüringen exponentiell an, wie selbst die Verfassungsschutzberichte ausweisen.¹⁵ Der Alltagsterror in der Innenstadt von Jena war grenzenlos. Hassparolen auf dem Weihnachtsmarkt. Körperliche Übergriffe. Lothar König, der Pfarrer der dortigen Jungen Gemeinde, beschreibt, warum sich die Szene in dieser Zeit radikalisierte. Es seien die Anschläge auf türkische Bewohner in Mölln 1992 und Solingen 1993 gewesen, die in der rechten Szene als Erfolge gefeiert wurden. Es war die Zeit, in der das braune Netz in Rudolstadt, Saalfeld, Kahla, Weimar und Gera, aber auch in Jena sich verdichtete und die Jugendszenen dominierte. Eine Art Bürgerkrieg kam aus den ökonomisch und mental verlassenen Plattenbaugettos von Lobeda, einem Ortsteil von Jena. Als gefährliche Gruppe traten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe zusammen mit André Kapke, Ralf Wohlleben und Holger G. verstärkt ab 1995 in den Vordergrund, später auch mit Carsten S.

Katharina König aus Jena, heute in Thüringen Landtagsabgeordnete der Linken, erinnert sich, dass es 1992 zu den ersten Angriffen aus der Naziszene auf die Junge Gemeinde in Jena kam, einem unabhängigen Zentrum der DDR-Kritiker, gegründet in den achtziger Jahren.¹⁶ Bald weiteten sich die Angriffe auf bis zu 40 pro Jahr aus. Gezielt richtete sich der Straßenterror gegen Linke und vor allem gegen die Leute der Jungen Gemeinde. Schon 1993 gab es einen direkten Angriff auf deren Räume, einen zweiten 1997, parallel dazu fanden Hetzjagden auf der Straße statt. Seit Mitte der neunziger Jahre galten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe als das gefährlichste Trio innerhalb der Jenaer Neonazis.

Katharina König berichtet in Interviews, die ich mit ihr und dem Studentenpfarrer Lothar König 2012 führte, dass Linke oder die, die sie für solche gehalten hatten, eiligst die Straßen wechseln mussten, um nicht deren Gewalt ausgesetzt zu sein. Vor allem vor Böhnhardt zitterten die Jugendlichen. Die Jenaer Kameradschaft gehörte – neben der aus Saalfeld-Rudolstadt – zu den gewalttätigsten in der Umgebung. Sie zählte zur Anti-Antifa Ostthüringen, ehe diese sich als Thüringer Heimatschutz (THS) definierte.

Neonazis und Verfassungsschutz. Tino Brandt

Der Thüringer Heimatschutz wurde ab etwa Mitte der neunziger Jahre zur größten neonazistischen Gewaltformation in Deutschland. Ihr Cheforganisator war der zuvor als V-Mann vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) angeworbene Tino Brandt, der sich in den Augen des Verfassungsschutzes als unersetzbar erwies und für den der frühere stellvertretende Präsident des TLfV, Peter Nocken, noch im Erfurter Untersuchungsausschuss einen »absoluten Quellenschutz« verteidigte.¹⁷ Neben Brandt gab es eine Reihe weiterer Verbindungsleute des Verfassungsschutzes.

Die Gewinnung von V-Leuten im Kontext des Thüringer Heimatschutzes war auch ein zentrales Objekt der vom Verfassungsschutz eingeleiteten Operation »Rennsteig« (die etwa 1995 begann, aktenkundig war sie nach jetzigem Stand ab 1997). Regelrecht unter dem Schutz des Verfassungsschutzes konnte sich die Neonaziszene enorm ausweiten und sich im Wege provokativer und terroristischer Aktionen radikalieren, ohne eingedämmt zu werden.

Seine erste große Aktionserfahrung sammelte Brandt als 17-Jähriger im Rahmen des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches im August 1992, den er mit Thomas Dienel aus Weimar organisierte. An dem Marsch in Rudolstadt nahmen über 2.000 Neonazis aus vielen Ländern Europas teil – ein halbes Jahr nach dem Auftritt David Irvings vor den Neonazis Deutschlands in Halle an der Saale. Zu den Organisatoren gehörte auch der spätere V-Mann Andreas Rachhausen, Mitglied der Skinhead-Gruppe um Sven »Rosi« Rosemann, dem Zellengenossen von Uwe Böhnhardt. Dabei waren zudem Vertreter der radikalsten Gruppen jener Zeit, u. a. der Freiheitlichen Deutschen. Ihr Erfolg beflügelte sie. Dabei war stets auch Brandts Mentor Kai Dalek, der bereits als V-Mann des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz tätig war. Zwei Jahre später, im Mai 1994, organisierte Tino Brandt ein großes Skinkonzert im

»Deutschen Krug« in Rudolstadt. Im gleichen Jahr wurde er vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz angeworben. Er blieb bis 2001 ohne jegliche rechtliche Restriktionen V-Mann und wurde, wie er selbst sagte, insgesamt mit 200.000 Mark entlohnt. Das Geld setzte er, wie er glaubwürdig mitteilte, zur Förderung vor allem seiner neonazistischen Kampforganisation ein.

Brandt sah sich in der Rolle eines (durchaus erfolgreichen) Doppelagenten und nutzte die Ressourcen, die ihm der Verfassungsschutz zur Verfügung stellte. Das Amt ließ zu, dass einer der zentralen Einpeitscher und Akteure des Thüringer Heimatschutzes in einer solchen Position blieb und aggressiv agierte. Brandt war vom bayerischen Spitzel und Kader der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, Kai Dalek, gefördert worden. Der Thüringer Heimatschutz hatte durch seine Anwerbung als V-Mann immensen Spielraum, so dass sich die V-Leute selbst bei schwerwiegenden Gewaltstraftaten praktisch vor jeglicher Strafverfolgung geschützt wissen konnten.

Gerade dadurch wurde der Thüringer Heimatschutz seit etwa Mitte der neunziger Jahre zur größten neonazistischen Gewaltformation in Deutschland. Er mobilisierte bis zu 300 aktionsbereite Sympathisanten. Im Untersuchungsausschuss in Erfurt haben diejenigen, die das miterlebt haben, davon eindrucksvoll berichtet.¹⁸ Thomas Richter, seit 1993 V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz, schilderte Anfang 1995 Details über Uwe Mundlos. Dieser hatte demnach bereits engen Kontakt zu Thomas Starke, dem etwas älteren, in der Szene hoch anerkannten, gewalttätigen Informanten der Sicherheitsbehörden, und hatte ihm Briefe ins Gefängnis geschickt. Mundlos beendete im April 1995 seine Bundeswehrzeit, da er vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) offenkundig angeworben werden sollte, jedenfalls als Ansprechpartner genannt wird. Nach seiner Entlassung aus der Bundeswehr wurden die Jenaer Kameraden aktiver und radikaler. In einem Lokal oberhalb von Lobeda spielte am 20. April 1995, aus Anlass von Hitlers Geburtstag, die Band »Vergeltung« – für Mundlos »unsere Band«. Dort, so die Autoren Stefan Aust und Dirk Laabs, sangen sie das Lied, das Mundlos, als er in Straubing mit Kameraden gefeiert hatte, bereits Ärger eingehandelt hatte: »Blut muss fließen, knüppelhageldick«, heißt es in einer Strophe. Auch Informant Tino Brandt war bei diesem Konzert dabei. Die Szenen aus Rudolstadt und Jena wuchsen nun immer schneller zusammen und koordinierten sich. Wenig später errichteten Ralf Wohlleben, André Kapke und andere ein Holzkreuz auf einer Wiese, das sie nach Art des Ku-Klux-Klans in Brand setzten. Zu den regelmäßigen Treffen am Mittwochsstammtisch in Gorndorf bei Rudolstadt gehörten nun auch

Mundlos und Zschäpe, vermutlich auch Böhnhardt. Innerhalb kurzer Zeit waren die Kameradschaft aus Jena und der Thüringer Heimatschutz engstens miteinander verbunden. Die Gruppen begaben sich auf einen immer radikaleren Kurs. André Kapke war der Kameradschaftsführer in Jena – in direkter Tuchfühlung mit den dreien und in Symbiose mit Brandt aus Saalfeld-Rudolstadt.

Wenig später, im Herbst 1995, wurden erste präterroristische Aktionen inszeniert: Eine Puppe hing an einem Fernwärmerohr, das mitten durch Jena führt. Am Tag darauf wurde ein selbstgebauter Sprengkörper durch ein offenes Fenster in ein Haus geworfen, in dem bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge untergebracht waren. Die kleine Bombe explodierte – verletzt wurde niemand. Zum Jahreswechsel 1995/96 erfuhr die Sonderkommission Rex (SoKo) des Landeskriminalamts Thüringen (LKA) aus der rechten Szene, dass die Verfassungsschützer in Tino Brandt eine sogenannte Quelle hatten. Mitgliedern der SoKo Rex gelang es, durch zwei Hinweisgeber (u. a. Ivo S.) Entscheidendes sowohl über die Szene als auch über die V-Leute-Struktur zu erfahren, ohne dass zunächst die Hinweisgeber in den Zugriff des Landesamts für Verfassungsschutz gelangten. Danach wurde jedoch die SoKo neutralisiert, um Brandts Rolle nicht zu gefährden. Der hoch gelobte Verbindungsmann des Verfassungsschutzes war de facto an schweren Verbrechen und an der Eskalation der Taten der Neonazis führend beteiligt – und genoss »absoluten Quellenschutz«.

Die Indizienkette war eindeutig. Daher wurde gegen Tino Brandt erfolgreich ermittelt, das Verfahren gegen ihn jedoch 1996 eingestellt. Da Brandt an einem Gewaltverbrechen Ende Januar 1996 in Gräfenthal nachweislich beteiligt war und dabei eine Anstifterrolle spielte, ist die Rolle des Verfassungsschutzes klar: Die Beamten wussten davon und haben, anstatt die Ermittlungen der Polizei zu fördern, diese systematisch behindert und von einem durch nichts gerechtfertigten »absoluten Quellenschutz« gesprochen. Brandt hat zu terroristischer Gewalt angestachelt und sie gefördert – als V-Mann und im Wissen von seiner Führungsrolle. Dies illustrieren sinnfällig die vielen Interventionsversuche gegenüber Polizei und Staatsanwalt aus Verfassungsschutzkreisen. Und dies dürfte zu den Gründen gehören, warum Mario Melzer vom Landeskriminalamt Thüringen, der die Praxis des Verfassungsschutzes unverhohlen kritisierte, mehrfach diskreditiert wurde, ehe er im Thüringer Untersuchungsausschuss zum NSU rehabilitiert worden ist.

Blood & Honour, Hammerskins und Ku-Klux-Klan an der Seite des NSU-Umfelds. Eine Skizze der Spitzel und Drahtzieher

Der NSU war nicht isoliert, sondern hatte von Beginn an ein Unterstützernetzwerk, sowohl in ideologischer als auch in praktischer Hinsicht. Eingebettet in die wichtigste neonazistische Gewaltformation jener Jahre, den Thüringer Heimatschutz, hatte der NSU seit 1998 in den radikalsten neonazistischen Netzwerken seine Förderer, nämlich Blood & Honour, Hammerskins und Ku-Klux-Klan. Irritierend ist, dass in diesen Organisationen seit Mitte der neunziger Jahre V-Männer aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz und aus Verfassungsschutzbehörden von mindestens sieben Bundesländern zum Teil entscheidenden Einfluss besaßen. Je genauer die Recherchen vor allem von Nebenkläger-Anwälten im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München, aber teilweise auch des Bundeskriminalamtes vorangetrieben werden, desto klarer wird das Bild des Unterstützernetzwerks des NSU-Komplexes: Es ist dicht geknüpft und überzieht die gesamte Republik.

Verschiedene Gruppen sind miteinander verbunden, überlappen sich personell und sind aufeinander bezogen. Sie waren und sind zu einem erheblichen Teil auch mit rechten Rocker-Organisationen im engen Kontakt und in der organisierten Kriminalität tätig, nicht zuletzt in der Schaffung der Crystal-Meth-Route von Tschechien nach Deutschland, aber auch im Geschäft mit Prostitution und Kindesmissbrauch.

Die Bedeutung des Konflikts um die Infiltration mit Spitzeln wird verständlicher, wenn man sich den Hintergrund der Verfassungsschutzstrategie gegenüber den neuen Ländern seit der deutschen Einheit vor Augen führt. So hatten Verfassungsschützer nach wenigen Jahren die Spitzen-Spitzel in der neonazistischen Gewaltbewegung und den Kaderstrukturen neonazistischer Kleinstorganisationen, wie der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei oder der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, in einer Mischung aus informationeller Kontrolle, Zersetzung und Radikalisierung unterwandert. Besonders radikale V-Leute wurden an entscheidenden Knotenpunkten der gewaltgefährlichen neonazistischen Netzwerke eingesetzt. Innerhalb weniger Jahre gelang es den Verfassungsschützern, in Gewalt-Aktionszentren in ganz Deutschland V-Leute zu platzieren. Personen, die im staatlichen Auftrag »in Dienst« genommen waren, erhielten Apanagen und stachelten als Brandstifter wiederholt neonationalsozialistische Gewalttaten an.

Diese erschreckende These ist Resultat der Zusammenstellung von Daten zu V-Leuten aus den wichtigsten Gewaltzentren des Neonazismus seit Mitte der neunziger Jahre. V-Leute pflegten oftmals persön-

lichen Kontakt mit dem NSU-Kerntrio, auch nach dessen Untertauchen, so z.B. Thomas Starke, Tino Brandt und Thomas Richter sowie nicht zuletzt Ralf Marschner (Zwickau). Die Zentren befanden sich in mindestens acht Bundesländern, u. a. in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, aber auch in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und in Nordrhein-Westfalen. In den meisten der folgenden Aktionszentren waren V-Leute »Top-Quellen« und Führungsfiguren, ja regelrechte »Turbobeschleuniger«:¹⁹

- in Sachsen die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) und die Hammerskins mit dem V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz, Mirko Hesse alias »Strontium«;
- in Sachsen Sturm 34 mit dem Aussteiger und ehemaligen Informanten Matthias Rott, der Schwerpunkt lag in Mittweida. Schon die Anhänger des Sturms 34 hatten das Konzept eines führerlosen Widerstandes, orientierten sich an Gruppen wie Blood & Honour, Combat 18 und dem Weißen Wolf Rundbrief;
- in Sachsen die Aktiven von Blood & Honour (und Chemnitz Concerts 88) mit Thomas Starke u. a. als Informanten der Polizei, in enger Verbindung u. a. mit Uwe Mundlos und Beate Zschäpe;
- in Thüringen und Sachsen die Anti-Antifa Ostthüringen, der Thüringische Heimatschutz und Blood & Honour-Strukturen, mit Marcel Degner, Tino Brandt, Andreas Rachhausen, Michael See und Thomas Richter als V-Leuten;
- in Brandenburg (Region Königs Wusterhausen) mit Combat 18, dem V-Mann Carsten S. alias »Piatto« und mutmaßlich Nick Greger;
- in Bayern die Kameradschaft Süd bzw. das Freie Netz Süd mit dem Agent Provocateur und in bewaffneten Kämpfen erfahrenen V-Mann Didier Magnien, der Granatwerfer gegen a.i.d.a., eine Recherche-gruppe aus dem Umfeld antifaschistischer Personen in Bayern, einzusetzen vorschlug, sowie mit dem V-Mann Kai Dalek;
- in Baden-Württemberg Neonazis und Ku-Klux-Klan-Formationen mit dem mutmaßlichen V-Mann Achim Schmid (Schwäbisch Hall), dem V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Richter alias »Corelli« und zeitweilig dem V-Mann Tino Brandt;
- in Nordrhein-Westfalen Combat 18 und in Dortmund mit dem besonders gewaltradikalen V-Mann Sebastian S., der Band Oidoxie, der Oidoxie Streetfighting Crew und Marco G.;
- in Nordrhein-Westfalen die Gruppe um den V-Mann Andree Zimmermann;
- in Hessen die Kameradschaft Kassel mit V-Mann Benjamin G. sowie dem Sturm 18 in Kassel mit Christian W.;